

Notizen

Im Grundsatz erleichtert und erfreut über das Ende November 1995 im US-amerikanischen Dayton paraphierte Friedensabkommen für Bosnien-Herzegowina zeigten sich die katholischen Bischöfe des früheren Jugoslawiens. Der kroatische Primas, Kardinal Franjo Kuharić, begrüßte das Friedensabkommen, monierte jedoch, zentrale Fragen seien offen geblieben, etwa die nach dem Schicksal der vielen Flüchtlinge. Der Erzbischof von Belgrad, Franc Perko, bezeichnete das Abkommen als „ein wahres Wunder“. Daß mit der erreichten Lösung jedoch niemand ganz zufrieden sein könne, bedeute weiterhin eine große Gefahr. Der Bischof von Banja Luka, Franjo Komarica, mahnte, es sei nun Pflicht der Unterzeichner, Rechte und Freiheiten aller zu garantieren. Dazu gehöre auch die Möglichkeit für die vielen Vertriebenen, in ihre Heimatorte zurückkehren zu können. Deutliche Kritik und Enttäuschung äußerte dagegen der Erzbischof von Sarajevo, Kardinal Vinko Puljić. Das Abkommen habe die ethnischen Säuberungen legalisiert, der Friede sei nicht auf Gerechtigkeit gegründet.

Nach dem Ende November 1995 veröffentlichten Jahresbericht 1994 der Solidaritätsaktion „Renovabis“ für Mittel- und Osteuropa wurden insgesamt 431 neue Projekte in den Ländern des ehemaligen Ostblocks bewilligt und dafür 22,3 Millionen Mark bereitgestellt. 43 Prozent der Projekte liegen dabei im Sozial- und Bildungsbereich, 18 Prozent sind Bauprojekte. Die Einnahmen aus Kollekte und Spenden betragen 1994 insgesamt 19,1 Millionen Mark, dies sind 1,4 Millionen weniger als 1993. Auf der Grundlage des Geschäftsjahres 1994 wurde Renovabis das Spendensiegel zuerkannt.

Zum neuen Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen wählte Mitte November 1995 die Landessynode mit großer Mehrheit Manfred Sorg. Der 57jährige tritt damit die Nachfolge von Hans-Martin Linnemann an. Für acht Jahre wird Sorg damit der mit 2,9 Millionen Mitgliedern und 658 Gemeinden drittgrößten EKD-Gliedkirche als Präsident der Landessynode sowie als Vorsitzender der Kirchenleitung und des Landeskirchenamts vorstehen.

Zum neuen Präsidenten des Päpstlichen Rates „Cor Unum“ ist der deutsche

Kurienbischof Paul Josef Cordes berufen worden. Cordes, seit 1980 Vizepräsident des Päpstlichen Laienrates, folgt in seinem neuen Amt dem französischen Kurienkardinal Roger Etchegaray nach. Der gleichzeitig zum Erzbischof ernannte Cordes ist damit neben dem Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, der zweite Deutsche, der eine Kurienbehörde leitet. „Cor Unum“ ist für die Koordinierung der kirchlichen Hilfs- und Entwicklungsinitiativen zuständig.

Kanada befinde sich an einem entscheidenden Kreuzungspunkt seiner Geschichte; die Regierenden ebenso wie alle Bürger seien herausgefordert zu gegenseitigem Verstehen und zur Zusammenarbeit im Bewußtsein eines gemeinsamen Auftrages. Mit ihrer Anfang November 1995 veröffentlichten Erklärung bezieht die Kanadische Bischofskonferenz Stellung (Wortlaut in origins, 16.11.95) zu dem Referendum vom 30. Oktober, in dem sich die Bevölkerung der Provinz Quebec mit einer nur knappen Mehrheit für den Verbleib im kanadischen Bundesstaat entschieden hatte. Die Debatte im Vorfeld des Referendums ebenso wie das Ergebnis selbst könne nicht ohne Folgen für alle Kanadier bleiben. Wie nie zuvor sei die Offenheit der Herzen und Gedanken erforderlich – in einem Moment, der von durchaus verständlichen Emotionen, von Patriotismus und Stolz, aber auch durch Wut, Enttäuschung und Leiden, von Ressentiments und gegenseitigen Verdächtigungen geprägt sei.

Erneut hat das Internationale Katholische Missionswerk missio gefordert, die pakistanische Regierung müsse die jüngsten Verschärfungen des Blasphemiegesetzes zurücknehmen. Extremisten benutzten dieses um Andersgläubige auszuschalten und den Fundamentalismus zu verbreiten. Konkreter Anlaß für die Intervention bei der pakistanischen Regierung war der Tod eines Mitte November in Polizeigewahrsam verstorbenen, der Blasphemie beschuldigten Christen. Missio hatte darüber hinaus eine an den Bundesaußenminister Klaus Kinkel und den pakistanischen Botschafter in Deutschland gerichtete Unterschriftenaktion zugunsten der verfolgten Christen gestartet, an der sich nach Angaben des Missionswerkes fast 86 000 Unterzeichner beteiligten.

Der Erzbischof von São Paulo, Kardinal Paulo Evaristo Arns, hat den neu gestifteten „Nationalpreis für Menschenrechte“ Brasiliens erhalten. Die mit umgerechnet rund 45 000 Mark dotierte Auszeichnung wurde vom brasilianischen Präsident Fernando Henrique Cardoso angeregt. Finanziert wird der Preis von privaten Unternehmen. Arns erhielt den Preis besonders für sein Menschenrechtsengagement während der Militärdiktatur in Brasilien.

Der anlässlich der Eröffnung der Advent-Aktion 1995 Anfang Dezember in Deutschland weilende Vorsitzende des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM), der Erzbischof von Tegucigalpa, Oscar Rodríguez Maradiaga, hat einen Erlaß der Auslandsschulden für Honduras gefordert. Die Auslandsverschuldung in Höhe von mehr als 4,2 Milliarden Mark ebenso wie korrupte Politiker stellten für die demokratische Regierung des Landes eine schwere Erblast dar. Mehr und mehr verarme die Mittelschicht in Honduras, wofür fehlendes Wirtschaftswachstum, die starke Inflation und zu hohe Steuern verantwortlich seien. Ein wachsender Teil der ohnehin armen Bevölkerung des als ärmstes Land Zentralamerikas geltenden Honduras verelende immer weiter.

Zum neuen Apostolischen Nuntius in Deutschland wurde Erzbischof Giovanni Lajolo (60) ernannt, derzeit Sekretär der Güterverwaltung des Apostolischen Stuhls. Der im norditalienischen Novara geborene Lajolo hat in München Kirchenrecht studiert und bei Klaus Mörsdorf mit einer Arbeit über Konkordate promoviert. Von 1970 bis 1974 war er an der Apostolischen Nuntiatur in Bonn tätig, dann bis 1989 im (inzwischen in das Staatssekretariat integrierten) „Rat für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche“. Er folgt als Nuntius in Deutschland dem Ungarn Lajos Kada nach, der nach nur fünfjähriger Amtszeit zum Nuntius in Spanien ernannt wurde. In der Amtszeit Kadas wurden die neuen Bistümer in Ost- bzw. Norddeutschland errichtet; auf seinen Nachfolger wartet jetzt der Abschluß der Staatskirchenverträge mit den neuen Bundesländern.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe ist eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigelegt.